



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 32

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis Mt. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernr. 5, 8244.

Hamburg, den 10. August 1918

Anzeigen kosten die flugschwarze Non-
pareilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufinden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

Die diesjährige Lohn- und Tariffbewegung im Malergewerbe.

Die andauernde Verteuerung der Lebenshaltung, die naturgemäß der Arbeiterschaft am meisten fühlbar wird, ist ein mächtiger Antrieb für die Tätigkeit unserer Gewerkschaften während des Krieges auf dem Gebiete der Lohn- und Tariffbewegungen. Die nun schon seit mehr als drei Jahren herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse sind so außergewöhnliche, daß alle Vorausberechnungen auf längere Zeit ganz unmöglich und nutzlos sind: zu den bestehenden Schwierigkeiten auf den verschiedensten Gebieten kommen oft ganz neue auf andern hinzu, oder bestimmte erwartete Erleichterungen treten vielfach nicht nur nicht ein, sondern werden noch durch weitere Verschärfungen abgelöst. So haben wir es erlebt bei der Beschaffung von Lebensmitteln, von Bekleidung, häuslichen Bedarfsgegenständen, kein Attitel des menschlichen Bedarfes ausgenommen. Seit einiger Zeit hat die Verteuerung der Mieten eingesezt, der Erhöhung der Eisenbahntarife ist die Erhöhung der Fahrpreise der Straßenbahnen und aller andern Verkehrsmittel gefolgt, und in den nächsten Monaten werden sich die neuen gewaltigen Steuererfolge mehr oder weniger unmittelbar empfindlich bemerkbar machen. Solange der Krieg auch dauert, und jedenfalls auch noch weit darüber hinaus, wird dieser Zustand anhalten, und eine Rückkehr der früheren Friedensverhältnisse ist für immer völlig ausgeschlossen. Die Entwertung des Geldes ist eine dauernde Folge des Krieges. Kein Wunder also, wenn auch die Arbeiterschaft eine Erhöhung ihrer Einnahmen fordert, und ganz selbstverständlich ist es, daß diesem Bestreben zum allseitigen Nutzen auch Rechnung getragen werden muß. Andernfalls würde ein Zusammenbruch unserer Volkskraft und damit der Kriegswirtschaft ganz unabwendbar sein.

Wo die Preise fast aller Gegenstände des menschlichen Bedarfes geradezu schwindelnde Höhen erreicht haben, muß der Arbeiter (ein großer Teil des Mittel- und kleineren Beamtenstandes nicht ausgenommen) unbedingt verlangen, daß seine Entlohnung ebenfalls steigt, wenn dies leider auch immer erst später als die Steigerung der Ausgaben und mit wenig Ausnahmen auch nur in geringerem Maße zu erreichen ist. Hier fällt den Gewerkschaften die große Aufgabe zu, die Verhältnisse vorwärts zu treiben und Verbesserungen in weit höherem Maße durchzusetzen, als ohne ihr Wirken denkbar wäre.

Unser Bestreben, die Lohnverhältnisse der Malergehilfen während des Krieges mit der maßlos verteuerten Lebensführung möglichst in Einklang zu bringen, ist bisher bis zu gewissem Grade erleichtert worden durch einen Teil maßgebender Arbeitgeber, die einsahen, daß unser Gewerbe mit der Entwicklung der Lohnverhältnisse nicht dauernd hinter andern, verwandten Gewerben zurückbleiben dürfe. Man erkennt in diesen Kreisen die Gefahr, die heraufbeschwoeren wird, wenn sich unser gewerblicher Nachwuchs immer mehr solchen Berufen zuwendet, die zeitgemäße Löhne zahlen. Denn es muß ganz besonders nach dem Kriege jeder Familienvater in Arbeiter- und kleineren Mittelstandskreisen — und aus denen rekrutieren sich unsere Lehrlinge fast ausnahmslos — darauf ausgehen, seine Söhne Beschäftigungen zuzuführen, die sofort und auch für später ausreichende Einnahmen sichern. Also ist es nötig, neben der ganz wesentlichen Erhöhung der Entlohnung für Lehrlinge die Gehilfenlöhne zum mindesten im gleichen Maße zu erhöhen, wie etwa im Bau-, Holzgewerbe und andern mehr.

Das sah bisher, wie schon erwähnt, ein großer Teil unserer Arbeitgeber auch ein und befürchtete mit Recht, daß nach dem Kriege, wenn der Rohstoffmangel einigermaßen behoben ist, die im Uebermaß vorhandenen Aufträge wegen Mangels an brauchbaren Arbeitskräften überhaupt nicht oder nur in einer Weise ausgeführt werden können, die unser Gewerbe noch um den letzten Rest seines gemiß schon tief genug gesunkenen Ansehens bringen

müßte. Von dieser Seite wurde bisher auch offen zugegeben, daß es niemals wieder so leicht wie jetzt, inmitten einer fortgesetzten vollziehenden ganz allgemeinen Preissteigerung, sein wird, die Preise für Malerarbeiten den erforderlichen Aufwendungen anzupassen und daß für Löhne sehr wohl 50 oder 100 pZt. mehr ausgegeben werden könnten, wenn gleichzeitig die Ausgaben für die erforderlichen Rohstoffe größtenteils um 100 bis 500 pZt. und noch darüber hinaus gestiegen sind.

Werfen wir, hier von ausgehend, einen kurzen Rückblick auf unsere diesjährige Lohnbewegung, so zeigte sich bei den darüber am 7. und 8. Februar im Reichswirtschaftsamt stattgefundenen Verhandlungen (vergleiche „Verbands-Anzeiger“ Nr. 7 und 8), daß sich zwar auch jetzt noch ein Teil der Vertreter der Arbeitgeberorganisationen der dargelegten Gefahren und der daraus für unsere Lohnpolitik gegebenen Notwendigkeiten bewußt ist, andererseits aber auch, daß eine starke Gegenströmung heranwächst, die bereits wieder alles Heil in dem allgewohnten, schädlichen Bestreben sieht, die Löhne so tief zu halten, wie den Arbeitern gegenüber jeweils möglich ist. Dabei geht man von der kurzfristigen Ansicht aus, daß jede Maß Sparnis beim Lohnkonto auch eine Erhöhung des Unternehmergewinnes bedinge, ohne zu bedenken, daß die Sparpolitik die oben schon kurz ange deuteten Folgen — es ließen sich noch zahlreiche andere aufzählen — haben muß, die unserm Gewerbe und jedem einzelnen Arbeitgeber auf die Dauer größte Verluste beibringt, weit größere, als die momentane Ersparnis ausmacht. Der Widerstand gegen eine weitblickende Lohnpolitik ging diesmal sogar so weit, daß den Arbeitgebern einzelner Orte verboten sein sollte, mehr zu bewilligen, als zentral vereinbart würde, wogegen sich natürlich der andere Teil der Arbeitgeber wehrte. Hier zeigte sich, daß die in den alten Anschauungen befangenen Kreise sehr wohl einsehen, daß höhere Löhne in einzelnen Städten die vorhandenen Arbeitskräfte nach diesen ziehen werden. Also müßte man doch ebenfalls erkennen, daß das eben auf das einzelne Gewerbe gegenüber den andern, mit unserm wegen der Heranziehung von Arbeitern in Konkurrenz stehenden, nicht weniger zutrifft.

Wenn auch die Absicht der Bindung auf die zentral festgesetzten Teuerungszulagen, auch wenn diese den so überaus verschiedenartigen Verhältnissen des einzelnen Ortes nicht entsprechen, bei den allgemeinen Verhandlungen scheiterte, so zeigte es sich aber in den folgenden Monaten, daß insgesamt bei den Arbeitgebern recht wenig Geneigtheit mehr besteht, günstige Gelegenheiten zu einer Höherentwicklung der Lohnverhältnisse zu benutzen. Ja, wir erlebten es sogar, daß die Münchner Arbeitgeber — von Bayern, Ost- und Mitteldeutschland ging der größte Widerstand von vornherein aus — es als tarifwidrig bezeichneten, daß unsere dortigen Kollegen später mit dem Wunsch hervortraten, die zentral festgesetzte Zulage in Rücksicht auf die niedrigen Münchner Löhne noch etwas zu erhöhen.

Bekanntlich wurden diesmal für Städte beziehungsweise Lohngebiete mit über 100 000 Einwohnern 20 % und für alle andern 15 % Teuerungszulage festgesetzt. Soweit sich zurzeit feststellen läßt, wurde über diese Sätze hinaus von 287 Lohngebieten nur in 25 gegangen mit 16,34 pZt. der insgesamt Beschäftigten; demgegenüber blieben vier Lohngebiete mit 0,46 pZt. der Beschäftigten als Kompensation dafür unter dem zentral festgelegten. Also wirklich kein zu besonderer Hoffnungen auf die fortschreitende Einsicht größerer Arbeitgeberkreise ermutigendes Ergebnis. Das muß uns anspornen, durch zentrales Vorgehen größtes Gewicht auf ausreichende Zustände zu legen. Im übrigen müssen wir darauf rechnen, daß in den Orten, die mit den Löhnen nicht genügend vorwärtsschreiten, später der Abzug der schon so dünn gefähen Arbeitskräfte das Verfehlen des gegenwärtigen Verhaltens fühlbar macht.

Trotz der klar zutage liegenden Angulänglichkeiten der gegenwärtigen Lohnverhältnisse sträubten sich die Arbeitgebervertreter bei den diesjährigen Verhandlungen wieder ganz entschieden, die Zulagen etwa als Lohnerhöhungen anzuerkennen. Während des Krieges soll es nur Teue-

rungszulagen geben, von denen vielleicht mancher Klein-gläubige Unternehmer annimmt, daß sie den Gehilfen niemals wieder entzogen werden könnten. Wird es indes hierüber zwischen uns und dem Teil der Arbeitgeber, der die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, richtig beobachtet, keine Meinungsverschiedenheiten geben, so steht doch keineswegs fest, ob nicht jene in der Mehrzahl sind, die einen Abbau der Löhne durchzusetzen hoffen. Darum müssen wir der Organisation die zur Abwehr solcher Pläne erforderliche Stärke und Geschlossenheit verleihen.

Auffällig war auch das eifrige Bemühen, das Bestehen eines Mindestlohnes im Malergewerbe zu bestreiten. Da es, trotzdem im Reichstarifvertrag das Wort Mindestlohn nicht steht, wohl aber erklärt wird, daß sich der Lohn im allgemeinen nach der Leistungsfähigkeit der Gehilfen richtet und außerdem ein bestimmter Lohn festgelegt ist, gar keinem Zweifel unterliegt, daß dieser gar nichts anderes ist, als die niedrigste Grenze der Entlohnung, über die je nach der Leistungsfähigkeit hinausgegangen werden kann. Könnte man dies alles als einen nützigen Streit um Worte betrachten. Um so mehr als das Malergewerbe erst zu einem ausgemachten Anstreichergewerbe heruntergewirtschaftet werden müßte, wenn alle Gehilfen nur den im Tarif festgesetzten Lohn erhalten sollten. Immerhin, wer den Verhandlungen aufmerksam folgte, mußte erkennen, daß hierbei die Arbeitgeber um ein Prinzip fechten, das sie vielleicht unter dem Zwange der Kriegsverhältnisse besser durchzusetzen hofften als später.

Die Festsetzung einer recht scharf klingenden Bestimmung darüber, daß die Parteien allen Bestrebungen, die auf eine Erhöhung oder Herabsetzung der vereinbarten Teuerungszulagen während der Dauer der Vereinbarung abzielen, nicht anregen oder unterstützen, sondern ihnen als vertragswidrig entgegenzutreten müßten, ist materiell für uns ohne Bedeutung; denn wir haben danach immer schon verfahren, wobei es selbstverständlich ist — und das wurde auch protokolllarisch festgelegt —, daß hierunter nicht das Bestreben der einzelnen Gehilfen fällt, wenn diese während der Vertragsdauer eine Erhöhung ihres Lohnes beanspruchen, sei es, daß er schon über den im Tarif festgesetzten Niedrigstlohn hinausgeht oder nicht.

Ueber das materielle Ergebnis der diesmaligen Lohnbewegung werden wir später noch eingehende statistische Nachweise beibringen. Jetzt nur soviel: Es wurde Zulage gezahlt für die Stunde:

15 %	in 189 Lohngebieten mit 1771 od. 20,45 pZt. der Gehilfen
16 bis 20 %	in 52 " " " 5501 " 63,55 " " "
über 20 " " 25 " "	" " " 1886 " 16,00 " " "

Im Durchschnitt beträgt für 1918 die Zulage 19,59 % die Stunde. Die 1916 und 1917 vereinbarten Zulagen ergaben zusammen 18,85 %.

Die Durchführung der Teuerungszulage ist fast nirgends auf Widerstand gestoßen. Die Arbeitgeber haben wohl allgemein eingesehen, daß das, was vereinbart wurde, den heutigen Verhältnissen, selbst vom Standpunkte des nur schwer vorwärtsschreitenden Unternehmers aus, entspricht, während die Gehilfen, denen die erfolgten Zugeständnisse kein befriedigender Ausgleich für die bestehende Teuerung sind, es vorläufig hinnehmen müssen, daß nicht wenigstens in einer größeren Reihe Städten nachträglich ihren berechtigten Ansprüchen entgegengekommen und so den Zeitverhältnissen genügt wurde.

Das muß uns erfüllen mit der Kraft, die erforderlich ist, um durch Stärkung unseres Verbandes die Vorbedingung für weiteres Vorwärtsschreiten auf der Grundlage der bisher erreichten Lohnverhältnisse zu schaffen.

Diese Lehre drängt sich bei rückwärts Betrachtung unserer diesmaligen Lohnbewegung deutlicher als je hervor.

Auf der nächsten Seite lassen wir eine Tabelle sämtlicher jetzt noch für das Malergewerbe geltende Tarife mit Angaben über Arbeitszeit und die Tariflöhne einschließlich Teuerungszulagen in den Jahren 1916 bis 1918 folgen.

Die Tariflöhne einschließlich Teuerungszulage für die Malereibetriebe in den Jahren 1916 bis 1918.

Table with multiple columns: Ort (bzw. Wohngebiet), Arbeitgeber, Arbeiterlohn (1916, 1917, 1918), Teuerungszulage (1916, 1917, 1918), and Tariflohn (1916, 1917, 1918). Lists various locations like Aachen, Albstadt, Albstadt-Ebingen, etc.

Kriegswirkungen und Arbeiterschaft.

Ein bekannter und vortrefflicher Ausdruck der Arbeiterschaft lautet: 'Wir sind keine Sentimentalisten mehr...'. Discusses the impact of war on the working class, the role of idealism, and the need for social reform.

das der rückwärts Kapitalismus, die für ihn äußerst günstige Situation auszunutzen versucht. Mancher mag berechtigt fragen, soll das der Dank sein für unser bößliches Selbstmord?

Andere Augen werden auf die Regierung gerichtet sein. Doch wer mit der Sage vertraut ist, wird auf sie nicht blicken. Aber da sieht, wie fürchtbar und schrecklich sie feierlich gegebene Versprechungen durchzuführen sucht, kann nur auf proletarische Selbsthilfe bauen. Nicht als verbiente Belohnung verlangt die Arbeiterklasse das demokratische gleiche Wahlrecht, sondern weil sie ein natürliches Anrecht hat, gleichberechtigte Mitglieder eines freien Staates zu sein. Daß der deutsche Staat seinen gänzlich diese politische Gleichberechtigung nicht mehr versagen kann, das hat es durch seine politische Krise in der Kriegszeit bewiesen. Alle realpolitischen Einwände, selbst die zeitweilige Ablehnung des gleichen Wahlrechts, können nicht verhindern. Weil das gleiche Wahlrecht eine direkte Lebensfrage des Volkes geworden, von dem sein zukünftiges Wohl und Wehe abhängt, kann die Regierung Staat und Volk nur durch schnellste Einlösung des gegebenen Versprechens vor ernststen Verwicklungen schützen. Nicht wenig davor, der jetzt schon durch die Diktatur. Wenn nach jahrelanger Kriegführung sämtliche feindliche Verschlechterungspläne erschollt, dem neuen Weltfrieden Platz macht, dann schlägt auch erneut die Stunde, wo das Proletariat in eigenen Hände die einengenden Fesseln zu sprengen hat. Praktisches, zielbewusstes Handeln wird der Arbeiterklasse dann den notwendigen Einfluß auf die Neugestaltung des Staates sichern. Die Grundbedingung des Erfolges ist und bleibt aber das Bewußtsein der Notwendigkeit der Organisation. Das Stahlband des Krieges steht in seinen Folgewirkungen so erschreckend aus, daß es ein leichtes sein muß, die Masse agitatorisch in politische und gewerkschaftliche Organisationen zu bringen.

Die Gewerkschaftsbewegung war für die Arbeiter bisher die wichtigste; tritt aber nicht an sie auch eine dringende Forderung heran? Sollte sie nicht aus den Erfahrungen des Krieges schöpfen dürfen? Ihr bisheriges Abschleiben war die große Zersplitterung in Richtungen aller Schattierungen, die selbst bis zur gegenseitigen gefährlichsten Zerschlagung führte. Dieses muß der Vergangenheit angehören. Wo sollte es hin führen, wenn zu diesen früheren Erscheinungen noch ein unabhängiger Gewerkschaftslampf hinzukäme? Die Gelben beanspruchen zukünftig auch noch ihr Sühnrecht. Der heilige Egoismus würde billige Triumphe feiern und schließlich das Hausrecht proklamieren. Das kann und darf nicht sein! Im neuen Deutschland sollte es in allen Wirtschaftszweigen für die ganze Arbeiterklasse nur das eine Ziel geben: lompakte Geschlossenheit gegen das allmächtige kapitalistische System. Das Unternehmertum erlaubt sich nicht den Schern, zugunsten dieser oder jener Weltanschauung seine Aktionsfähigkeit zu untergraben. Es kennt nur das einzige Idol der Vermehrung des Kapitals zur Unterwerfung aller Kräfte und Welt Herrschaft.

Im wirtschaftlichen Lageskampf ist keine Stätte für geistliche Eigenbröteleien. Da heißt es, einig und geschlossen die materielle Lebenslage zu verbessern. Lassen sich die verschiedensten Gewerkschaftsrichtungen nicht in eine einzige verschmelzen, so sollten sie aber stets eng zusammen Schulter an Schulter kämpfen. Die gemeinschaftliche Waffe des Zusammenwirkens der Kriegszeit muß beibehalten werden, um auch den größten Arbeiterfeinden die bisher verhaßte Anerkennung der Organisation aufzuzwingen. Unser Zeitalter steht im Banne der Organisation und der Zentralisation. Menschlicher Wille macht sie zur Schmelze der Zukunft. Aufwärts — durch Kampf zum Sieg!

Am Ende des vierten Kriegsjahres.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ bringt in seiner Nr. 30 einen Artikel, der sich mit den Ereignissen der vergangenen Kriegszeit beschäftigt. Hart und unerbittlich heißt es einleitend, stellt uns der Schluß des vierten Kriegsjahres vor einen völlig unklaren Ausblick des künftigen Weltens und der Entscheidung in diesem unheilvollen blutigen Ringen. Vier Jahre des bitteren Leidens haben die Völker Europas ertragen. In wirtschaftlich schwerer Bedrängnis haben sich die Völker hindurchgewunden; am schwersten gepeinigt hat diejenigen das Mißgeschick betroffen, die zu allen Zeiten neben der Unbill wirtschaftlicher Erschütterungen die Last des Krieges zu tragen haben. Millionen sind auf dem Schlachtfeld zugrunde gegangen und groß ist die Zahl derjenigen, die ihre Kräfte gebrochen sehen, krank oder als Krüppel heimkehren. Ungeheuer viel hat das deutsche Volk ertragen. Und mehr denn einmal hofften die, die auf seinem Zusammenbruch spekulierten, es würde eines Tages unter der Last der Würde zusammenbrechen. Wenn diese Spekulation versagte, so, weil die Erkenntnis unser Volk aufrecht erhielt, daß, wenn dieser Zusammenbruch eintreten würde, eine noch viel schlimmere Leidenszeit hereinbrechen müßte, als die Kriegszeit uns auferlegt.

Mit Bedauern wird die Tatsache erneut festgestellt, daß alle unsere Bemühungen um die Herbeiführung des Friedens drüben bei unseren Gegnern, leider auch bei den Sozialisten der Ententeländer, noch immer kein Entgegenkommen gefunden hat. Abgesehen von einer Anzahl Schmachtroneure, die es auch bei uns gebe, seien die Völker der Mittelmächte von dem Empfinden getragen, der ruhigen Ueberzeugung die Wege zu ebnen, um allen zuzurufen: Haltet ein, es ist genug des menschlichen Jammers! Die Friedenssehnsucht nehme uns gefangen; aber nicht um die Hoffnungen der Gegner zu erfüllen, die des neuen Glaubens sind, unser Volk würde verräterisch im eigenen Lande die Geschäfte derjenigen besorgen, die bereit sind, uns ihre militärische Macht fühlen zu lassen.

Wenn Ihr Arbeiter im Ausland glaubt, daß wir zu diesem verräterischen Streich fähig wären, so irt Ihr Euch und Ihr dürft weder auf die Hoffnung Euren Sieg aufbauen, noch wird der Friede mit Deutschland jemals so geschlossen werden. Ihr werdet nicht triumphieren über ein Volk, das moralisch für immer gerichtet wäre, wenn es

Memento!

(Zum 1. August 1918.)

Gebt! Liebe, gemalte Erde!
Wo steht der Hüter am blühenden Feldrain geteilt
Von Licht und Glück, von Eintracht und Freude, dort stand
Mord und Verdrängung ein Des, zertrümmertes Feld,
Jerschiffen durch schwere Granaten, aus glühenden Schindeln geschneit
Das Herz der Menschen und Erde mit Lohr, heulender Haß;
Schwarzglühende Erichter, durch giftige Schwaden vergrast,
Jungen von Kampf, von schrecklichem Tod und Verderben,
Können ein schwarzes Sieb vom großen, unerblicklichen Sterben!

Meer! Weites, gemalliges Meer!
Früher suchte das Handelslohn Holz deine Wogen,
Schwer beladen mit Frächtern des Fleisches kam es gezogen,
Triele langlos bei friedlichem Wettbewerb Welle um Welle,
Friedliche Hand und Wandel, Reichthums und Wohlergehens Quelle —
Heute lauert über den Wässern die graue tödtliche Mol,
Corpedes plühen mit Macht, sprühen Verderben und Tod —
Wilde Schere der Wut, Schere der Todeswut gelien,
Und über Menschen und Schiff schillenden sich schäumende Welen ...

Menschheit! Schwachende, duldenbe Menschheit!
Wie lange Jahre am glühenden Meeresrahl
Klingt da dich windend in grandiger Follernqual
Schwimmiger Kriegswohl! Dort draußen in Colonhatunen
Klagen die Sühne des Sunden, und jammernde Mütter beweinern,
Was ihnen auf Erden das Stöße und Tzererle war;
Witwen rauhen im Schmerz das früh ergrannete Haar,
Und Wäter und Bräute klagen mit Nummer Oberbe
Am all die Welen, die hingestreckt schlummern in blutiger Erde ...

Wann? Ah wann ...
Wann geht dieser schwarze Todesrang endlich zu Ende?
Wann reichen die Menschen sich wieder in Freundschaft die Hände?
Wann händen jubelnde Glöcher mit fröhlich eherum Schlag
Glück und Freude und Eintracht, den Friedens goldigen Tag?
Wann klingen über blühende Felder der Arbeit Symme mit Macht?
Wann endlich enden die Mitle der schrecklichen Todeswut?
Kendle, o Sonne des Friedens! Friedensstag, hebes jubel!
Führe die Menschen zur Eintracht, führe die Menschheit zum Glück!
A. S.

einer aus aller Welt zusammengeholt. Soldateska die deutschen Lande, unser Heim und unsere Familie preisgeben würde.“

Was in Deutschland im Fleiß und rastlosen Streben aufgebaut worden sei, das gehöre auch der deutschen Arbeitererschaft. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sei die Stellung der Arbeitererschaft eng verknüpft.

Ihr könnt uns nicht mit Euren asiatischen, afrikanischen Jorden eine freiere politische Enifaltung bringen. Die Aufgaben werden wir selbst übernehmen, jetzt und für die kommende Zeit.

Aber in einem habt Ihr Arbeiter des Auslandes unsere Unterstützung. Sehen wir uns über alles Geschrei derjenigen hinweg, die aus dem Krieg ein Geschäft gemacht haben, die den Hunger nie als Gast kannten, sie alle, die bei uns dasselbe Gewerbe treiben wie bei Euch; und belundet einen Friedenswillen, der nicht zerfallen darf an der Frage, wer die Kosten zu tragen hat für die kulturelle Untat. Wenn was vernichtet ist an individuellen und materiellen Gütern, kann kein Volk dem andern ersetzen. Dann werdet Ihr unsere Unterstützung haben, und die gesamte Arbeitererschaft aller Staaten könnte aufatmen in dem Empfinden, daß der Weg frei ist für die Sache des Friedens. Auch nicht um territoriale Wächterweiterung darf der Kampf fortgesetzt werden. Wenn die großen Kulturstaaten Europas, die die Führenden in diesem Kampfe sind, während 44 Jahre immerhalb ihrer Staatsabgrenzung leben konnten, sich wirtschaftlich und kulturell entwickelten, dann ist es der helle Wahnsinn, um eines vermeintlich mit Recht zu beanspruchenden Landesstückes Millionen von Menschen zu opfern und Länder zu verwüsten, die auf viele Jahre ihres Wohlstandes beraubt sind. Klar und offen haben wir wiederholt dieses Friedensprogramm aufgestellt, aber bis heute vermiffen wir die Zustimmung, auf die wir hoffen.“

Wie habe die deutsche Arbeitererschaft dem Kriege das Wort geredet, immer habe sie dem Frieden ihre ganzen Kräfte gewidmet, trotz mander Absage, die unverständlicher Verblendung in Frankreich und England uns entgegenhaltete. Und am Schluß des Artikels wird an der Schwelle des fünften Kriegsjahres das Gelöbniß abgelegt, treu und unerschütterlich diesen Weg weiter einzuschlagen, bis eines Tages drüben ruhige Ueberlegung und bernünftige Erwägungen zur Umkehr leiten und das Ende des fürchterlichen Krieges herbeigeführt wird.

Sonderbare Art der Arbeitvergebung.

Zu der obigen Notiz in Nr. 24 des „Vereins-Anzeiger“ vom 15. Juni, die leider erst vor wenigen Tagen zu unserer Kenntnis gelangte, haben wir folgendes zu bemerken beziehungsweise richtigzustellen:
Der Tiefbauauschuß hatte sich einstimmig für maschinelle Entrostung entschieden, weil die Verknüpfung an besonders unzugänglichen Stellen so stark vorgefchritten war, daß sie eine einwandfreie Handentrostung mit Spachtel und Schaber als ausgeschlossen erachteten. Da mit eine Dresdner Firma zur Verfügung stand, welche über die hierzu nötige, besonders starke Maschine (30 P.S.) verfügte, sah man von einer öffent-

lichen Ausschreibung ab. Ob dies richtig war, darüber könnte man unter Umständen geteilter Meinung sein; aber soviel stand fest, die Materialinnung konnte die Bedingung, die Entrostung mit 5 bis 6 Atmosphären Ueberdruck vorzunehmen, nach unserer Ueberzeugung nicht erfüllen, weil ihr die hierzu nötige Maschine nicht zur Verfügung stand. Im übrigen geschieht das sehr oft, daß, wenn zur Ausführung einer bestimmten Arbeit nur eine Firma in Frage kommt, eine Ausschreibung nicht erst stattfindet.

Zur Anstrichmasse: Es war bedingt, eine gute, wetterbeständige Farbe zu verwenden. Die Firma „Antirost“ hatte nun dieselbe Anstrichfarbe vorgefchrieben, die sie schon seit Jahren mit gutem Erfolg auf Staatsbauten verwendet. Dort dürfen, wie bekannt sein dürfte, ihrer großen Schädlichkeit wegen keine Bleiweißfarben verwendet werden. Trotzdem die Farbentprobe bleiweißarm war, garantiert die Firma heute noch für gute Wetterbeständigkeit und bemüht dieselbe Farbe mit sehr gutem Nutzen für einen ihr inzwischen erteilten Staatsauftrag.

Die Flächenangaben ist ganz unverständlich gewesen, die Bewerber sind ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden. Was uns in der Hauptsache veranlaßt, gegen vorgenannte Notiz Stellung zu nehmen, ist der vorliegende Absatz; es heißt darin: „um so weniger können wir die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Falle verstehen, die ebenfalls erst der Innung, dann doch noch der Firma „Antirost“ zustimmte.“ Das ist nicht richtig! Die sozialdemokratische Fraktion hat bei beiden Abstimmungen einmütlich für „Antirost“ gestimmt, weil sie trotz des höheren Preises im letzten Falle der Ueberzeugung war, daß „Antirost“ eine wesentlich bessere Entrostung gewährleisten würde als die Innung, und das war für uns die Hauptsache. Wenn der Artikelschreiber vielleicht aus einigen Ueberzeugungen, die in einer vertraulichen Besprechung, die auf Veranlassung des hiesigen Gewerkschaftsvertreeters mit den Innungsabnehmern stattgefunden hat, an der einige Fraktionskollegen, unter andern auch der Berichtshaber, teilnahmen, erdormen haben sollte, daß wir ungestimmt worden wären, so befindet er sich in einem Irrtum. Die behauptete dort angebotenen Verbürgungen haben uns erst recht zu denken gegeben. Wirklich einwandfreie Sachverständigenurtheile wurden als Geschäftsgutachten bezehandelt usw. Die Aussprache war ziemlich lange und gründlich. Wir sind auseinander gegangen, ohne irgendwelche Forderungen zu machen, nur mit dem Versprechen, daß wir diese Angelegenheit in der Fraktion noch einmal eingehend besprechen werden.

Das ist geschähen, und unsere Entscheidung erfolgte auf Grund sorgfältigster Informationen. Wir haben uns von dem Gesichtspunkt leiten lassen, bei unserer Stellungnahme die Interessen der Allgemeinheit denen der Materialinnung voranzustellen. Wir konnten das im vorliegenden Falle um so unbeeinträchtigt tun, da durch Vergabung der Arbeit an die „Antirost“ die Interessen der im Materialgewerbe beschäftigten Arbeiter durchaus nicht geschädigt worden sind. Worinens hat der an oben angeführter vertraulicher Aussprache beteiligte Vertreter der Materialgewerkschaft auch nicht nur andeutungsweise wissen lassen, daß etwa die Arbeiter bei „Antirost“ wirtschaftlich schlechter gestellt sind, als bei irgendeinem andern Mitglied der Materialinnung. Aus welchem Grunde im vorliegenden Falle die Interessen der Innung durch die Dresdner Verbandsleitung mit solcher Wärme vertreten werden, obwohl auch „Antirost“ Mitglied der Innung ist, ist uns nicht recht verständlich. Etwasigen noch weiteren Bemerkungen, mit denen der Artikelschreiber „vorläufig“ noch zurückhalten will, sehen wir mit aller Ruhe entgegen. Wir sind bereit, unsere Stellung jederzeit vor der organisierten Dresdner Arbeitererschaft in aller Offenheit zu vertreten.
Dresden, im Juli 1918.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion.

Hierzu schreibt uns unsere Dresdner Verbandsleitung: „Der vorstehende Erklärung mit der Notiz unter gleicher Ueberschrift in Nr. 24 des „Vereins-Anzeiger“ vergleicht, wird finden, daß sie auf besonders gravierende Feststellungen nicht eingiht. Zunächst wird zugegeben, daß man darüber verschiedener Meinung sein könne, ob es richtig war, nur eine Firma zur Abgabe einer Offerte zu veranlassen. Dann behauptet man, die von der Firma „Antirost“ zuerst vorgefchene Farbmasse — und darauf kommt es an — wäre seit Jahren mit gutem Erfolg auf Staatsbauten verwendet worden. Demgegenüber behaupten wir, daß das auf Grund der darüber vorliegenden Analyse für jeden Fachmann als ausgeschlossen gelten muß. — Ob die Fraktion erst gegen und dann für „Antirost“ stimmte, ist an sich ziemlich nebensächlich und von uns auch so behandelt worden. — Interessant ist die Bemerkung, daß man die Innung habe ausschalten müssen, weil sie nicht die erforderliche Maschine beschaffen könne, während man uns seinerzeit erklärte, wenn die Innung auch die Maschine beschaffe, so würde sie nicht die erforderlichen Materialien haben. — Die Andeutung, als wenn wir die Interessen der Innung denen der Allgemeinheit oder gar unserer Kollegen voranstellen, beziehungsweise als vertreten wir die Interessen der Innung mit besonderer Wärme, brauchen wir vor den Lesern des „Vereins-Anzeiger“ nicht erst zurückzuweisen. Diese Bemerkungen stehen auf gleicher Höhe als nähmen wir uns heraus, aus der Haltung der Fraktion zu folgern, sie stelle die Interessen einer einzelnen Privatfirma denen der Allgemeinheit voran, oder sie habe deshalb gegen die Innung votiert, weil es sich um eine Innung handelte. Es ist im übrigen ganz selbstverständlich, daß bei Ausführung der Arbeiten nicht letzten Endes die Innung als Unternehmerin beteiligt gewesen wäre, sondern eine oder mehrere für die Arbeit besonders geeignete Firmen.“

So weit unsere Dresdner Verbandsleitung. Wir möchten zu dieser recht unerquicklichen Auseinandersetzung nur sagen, daß diese bestimmt vermieden worden wäre, wenn die angegriffene Fraktion während der vielen Monate, die sie sich mit der ganzen Angelegenheit beschäftigte, Gelegenheit genommen hätte, mit unserer Dresdner Verbandsleitung in Fühlung zu treten. Dadurch hätte sie sich gewiß nichts vergeben und doch vielleicht einige sachverständige Anregungen und bei ihrer Stellung-

nahme verwertbare Mitteilungen erhalten, ohne daß sie hieran bereits gebunden war. Denn es wäre wirklich zu viel verlangt, zu fordern, daß unsere Vertreter in den verschiedenen Parlamenten in speziellen Fachfragen solcher Gewerbe, denen sie als Voten gegenüberstehen, ein einmündiges Urteil abgeben sollen.

Don unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz zweiter Klasse erhielten die Kollegen: Jean Karl Fauerbach, Karl Fauerbach, Christian Schön und Wendelin Gottfried Simon, sämtlich Mitglieder der Filiale Frankfurt a. M.; Konrad Frischmann nebst dem Verdienstkreuz dritter Klasse mit Krone und Schwertern, Mitglied der Filiale Nürnberg, Zahlstelle Herzogenaurach.

Gewerkschaftliches.

Das Drängen der Arbeiter im gesamten Baugewerbe nach neuen Teuerungszulagen ist erklärlich, ist doch bei der Regelung der Teuerungszulagen durch die Preisentwicklung der letzten Zeit besonders das Baugewerbe arg ins Hintertreffen geraten. In allen Landesstellen haben schon Versammlungen stattgefunden, die die Vorstände dringend auffordern, baldigst neue Zulagen zu veranlassen.

Die wirkliche Verteuerung der Lebenshaltung. Ein Dresdner Bauarbeiter veröffentlicht im „Grundstein“ eine Berechnung über die Kosten des Lebensunterhaltes vor dem Kriege und jetzt. Er legt den Verbrauch einer vierköpfigen Familie zugrunde, die schon vor dem Kriege in ihrem Konsummittelverehr hinter der besten Marine-Infanterie zurückblieb.

Sozialpolitisches.

Erhöhung der Brotration und fleischlose Wochen. Die Erhöhung der Brotration, die für den 19. August in Aussicht gestellt war, kann voraussichtlich an diesem Zeitpunkt noch nicht überall gewährt werden. Wenn auch die Reichsgetreideämter den Kommunen vom 19. August ab pro Kopf und Tag der Bevölkerung 200 Gramm Mehl zur Verfügung stellt, so ist es doch fraglich, ob die Kommunen die erforderlichen Streckungsmittel besitzen, um die alte Brotmenge verteilen zu können.

Verordnende Zwangsenteignung von getragener Männerkleidung. Die Reichsbekleidungsstelle hat eine neue Verordnung erlassen, die eine wesentliche Verschärfung der bisherigen Anordnungen über die Ablieferung getragener Männeroberkleidung darstellt. Zu diesem Vorhaben sieht man sich heute genötigt, nachdem die unter dem 18. April 1918 den Kommunalverbänden auferlegte Sammlung nicht das erwünschte Ergebnis gebracht hat.

später tritt die Zwangsenteignung ein. In der Verordnung wird nämlich ausgeführt: Um säumige Personen, die ohne Störung ihrer und ihrer Familie Lebenshaltung sowie ihres Berufes in der Lage sind, Männeroberkleider abzuliefern, nachdrücklich auf ihre Vaterländische Pflicht zur Abgabe hinzuwirken, wird den Kommunalverbänden auf Grund von §§ 1 und 2 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 aufgegeben:

- 1. namens der Reichsbekleidungsstelle von den gedachten Personen binnen einer zu bestimmenden Frist ein mit der Versicherung der Michtigkeit und Vollständigkeit versehenes Verzeichnis ihrer Männeroberkleider und ihrer zur Anfertigung solcher geeigneten Stoffe zu erfordern;
2. in geeignet erscheinenden Fällen die Michtigkeit und Vollständigkeit des Bestandsverzeichnisses nachzuprüfen und die hierzu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Von der Vorlegung eines Bestandsverzeichnisses ist befreit, wer bereits einen vollständigen Männeranzug abgeliefert hat oder nunmehr abgeliefert. Wer trotz der Aufforderung seines Kommunalverbandes das Bestandsverzeichnis überhaupt nicht oder nicht innerhalb der ihm gesetzten Frist einreicht oder im Bestandsverzeichnis offensichtlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird gemäß § 8 der Verordnung des Bundesrates über die Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu M. 10 000 oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die Reichsbekleidungsstelle hat also mit ihrer bisherigen Sammlung einfach Mißlaß gemacht. Es mühte so leunnen, weil man sich nicht getraut, von vornherein energische Maßnahmen zu ergreifen und von den wirklich wohlhabenden Kreisen mehr als einen Anzug zu fordern. So aber hat man nur Verbitterung in den Kreisen erzeugt, für die die Ablieferung eines Anzuges, sei er auch noch so schlecht, ein sehr großes Opfer bedeutet.

Trotz ihres Mißerfolges scheint die Reichsbekleidungsstelle noch nicht gelernt zu haben, wie die wirklichen Drückberger angefaßt werden müssen. Die Bestimmung, daß von der Vorlegung eines Bestandsverzeichnisses befreit ist, wer bereits einen vollständigen Männeranzug abgeliefert hat oder nunmehr abgeliefert, ist geradezu eine Prämie auf die Drückberger wohlhabender Kreise.

Widerrechtliche Rentenzuschläge. Die seit Wochen angekündigten Zuschläge zu den Militärrenten sind nunmehr mit Wirkung vom 1. Juli 1918 in Kraft getreten. Die Zuschläge werden ohne weiteres gezahlt, eines Antrages bedarf es nicht. Sie werden 1. an alle Versorgungsberechtigten gezahlt, deren Ansprüche aus einer nach dem 1. August 1914 stattgefundenen Dienstleistung entstanden sind, 2. an alle Versorgungsberechtigten, die von dem 2. August 1914 an einem Krieg oder Schiffbruch teilgenommen haben, also zum Beispiel an den Kolonialkriegen beteiligt waren und sich für dort erlittene Beschädigung eine militärische Rente erworben haben.

Table with 2 columns: Rent amount and corresponding percentage of earning capacity. Rows include 50 pSt. bis auschl. 60 pSt. (120%), 60 pSt. (180%), 70 pSt. (240%), 80 pSt. (300%), 90 pSt. (360%), 100 pSt. (482%).

Die Empfänger bedingter Renten sind mit dem halben Betrage der Zuschläge abzufinden. Soweit sich unter den in Ziffer 2 genannten Personen solche befinden, die nach andern Gesetzen als dem Mannschafsterversorgungsgesetz 1906 abgefunden sind, gelten die sämtlich Erwerbsunfähigen als 100 pSt. und die größtenteils Erwerbsunfähigen als 66 2/3 pSt. erwerbsunfähig; die teilweise Erwerbsunfähigen finden keine Berücksichtigung.

Dom Ausland.

Arbeitskämpfe in Schweden. Die schwedischen Gewerkschaften haben zurzeit eine Reihe von Kämpfen und Lohnbewegungen durchzuführen. Im Baugewerbe haben die Unternehmer eine das ganze Land umfassende Ausperrung vorgenommen. Unter den Arbeitern der großen Sägewerke und der Papiermaschinindustrie Nord-Schwedens herrscht große Unruhe. Der staatliche Schiedsrichter versucht, die bereits ausgebrochenen lokalen Streiks

beizulegen und die angekündigten weiteren Arbeitsentstellungen zu verhindern. Ursache der Konflikte ist überall das Verlangen nach Teuerungszulagen und Lohnerböschung infolge der allgemeinen Preissteigerung. Der Streik der Tabakarbeiter der staatlichen Monopolfabriken, an dem rund 8500 Arbeiter, besonders in Stockholm und Malmö, beteiligt waren, ist nach vierzehntägiger Dauer beendet worden. Die Verwaltung hat versprochen, in diesem Jahre keine Lohnherabsetzung vorzunehmen und keine Vergeltungsmassnahmen gegen die Streikenden zu ergreifen.

Der schwedische Malerverband hat über die gegenwärtig bestehenden Zeitlöhne und die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit Erhebungen gemacht, die sich auf fünfzig Orte beziehen. Danach betragen:

Table with 4 columns: Hourly wage (incl. Teuerungszulage), Place, Weekly working hours, and Note. Rows show wages from 75 to 140 and working hours from 60 to 8.

* Nr. 1 - M. 1, 12.

Literarisches.

Technik für alle - Technik und Industrie. Monatschrift für Elektrotechnik, Bau- und Maschinentechnik, Bergbau usw. Jahrgang 1918/19, Heft 1/3. Jährlich 12 Hefte. Preis vierteljährlich M. 1,45. Franck'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Protokoll über die Verhandlungen des vierzehnten ordentlichen Verbandstages vom 6. bis 10. Mai in Leipzig. Anhang: Protokoll der zweiten Reichskonferenz der Genossenschaftsbäcker. Preis für Mitglieder 60 Pf., für Nichtmitglieder M. 8. Selbstverlag des Zentralverbandes der Bäcker, Hamburg.

Bericht über die Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die Thüringischen Staaten am 6. und 7. April dieses Jahres in Dresden. Verlag von Karl Hübsch, Berlin O 27, Andreasstraße 61, 2. St.

"Kosmos", Handwörter für Naturfreunde. Jahrgang 1918, Heft 6/7. Herausgegeben und verlegt von "Kosmos", Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle Franck'sche Verlagshandlung, Stuttgart. Preis halbjährlich (jährlich zwölf Hefte und vier Buchbeilagen) M. 8,60.

Sterbetafel.

Dresden. (Zahlstelle Neugersdorf.) Am 28. Juli starb nach langer Krankheit der Kollege G. mit Neimann im Alter von 80 Jahren.
Riel. Am 24. Juli starb unser treues, langjähriges Mitglied Peter S. im Alter von 46 Jahren.
Chre ihrem Andenten!

Vereinstell.

Bericht der Hauptkasse vom 29. Juli bis 3. August. Eingekandt haben: Wismar M. 150, Lübeck 200, Breslau 1, Gamm 84,70, Hamburg 500, Glin 500, Plauen 200, Röllin 70.

Wertzeichen wurden versandt (B = Beitragsmarken, E = Eintrittsmarken, Extr = Extramarken, MM = Markennappen). Danzig 500 B à 185 Pf., Duisburg 200 B à 100, 100 à 140. Finsterwalde 10 E à 100. München 2000 B à 95, 200 à 185. Nürnberg 800 B à 140. Grefeld 100 B à 95, 200 à 185. Altenburg 100 B à 110, 100 à 180. Braunschweig 100 B à 10. Güstrow 100 B à 100. Kaiserlautern 100 B à 180. Saarbrücken 100 B à 100, 200 à 120, 100 à 140. Dören 200 B à 125. Erfurt 200 Extr à 25. Hoyerwerda 2 MM à 50. Jena 200 B à 90. Mainz 400 B à 10. Wiesbaden 200 B à 10. Bremen 20 E à 50. Augsburg 200 B à 185. Breslau 400 B à 100, 400 à 120, 800 à 140. Cassel 800 B à 100, 600 à 140, 20 E à 100. Frankfurt a. d. O. 200 B à 90. Friedberg 200 B à 100. Gotha 2000 B à 80. Kiel 4000 B à 140. Leipzig 2000 B à 95, 400 à 115, 600 à 185. Stettin 400 B à 100, 400 à 140. Chemnitz 100 B à 50, 10 E à 50. Effen 2000 B à 100, 100 E à 100. Lübeck 400 B à 100, 400 à 140. Plauen i. B. 400 B à 100.

Die Woche vom 11. bis 17. August ist die 33. Beitragswoch.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 30 des „Correspondenzblattes“ bei.

Advertisement for Lacke, Siccativ, Emaillelack, Glanzöle. Includes text: Kaufe jede Menge und alle Sorten Lacke, Siccativ, Emaillelack, Glanzöle usw. nach Muster und Angabe des Quantums. M. Ockermann, Lamstedt, Bez. Hamburg. Schrift-Einstell-Apparat, schnell und sicher. Preis M. 1,50. Jurid. innerh. 20 Tagen. G. Rickmann, Hamburg 22, Seemannstr. 8.